

MARBURGER ECHO

STADTZEITUNG DER DKP MARBURG-BIEDENKOPF

AUSGABE 2/3_2019



**Gemeinsam
gegen das Europa
der Banken
und Konzerne!**

RÜCKBLICK EU-WAHL

Vom „grünen“ Kapitalismus

ARBEITSHETZE

Schuftan bis der Arzt
kommt

FESTIVAL DER JUGEND 2019

Politik, Kultur, Spaß

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Monaten stand gleich auf mehrfache Weise die öffentliche Diskussion ganz unter dem ‚Zeichen‘ des Klimawandels: Jeden Freitag gehen in ganz Deutschland tausende Schüler und Schülerinnen auf die Straßen um für eine Wende in der Klimapolitik zu protestieren. Die Temperaturen Anfang des Sommers erreichten Höchstwerte. Zurecht stand also die ökologische Frage im Rampenlicht. Nur, welche Antwort sollten wir auf sie geben? Von all dem profitierte vor allem die Partei „Die Grünen“. Mit Werten um die 25% bei Umfragen ist sie momentan abwechselnd auf Platz 1 oder, direkt hinter der CDU, auf Platz 2 zu finden. Klingt vernünftig oder? Schließlich sind es doch die Grünen die seither vor dem Klimawandel warnen und die besten Mittel zu seiner Bekämpfung zur Hand haben? Ist

das wirklich so? Kann eine Partei die sich der Automobilindustrie anbietet, wirklich konsequent für die Umwelt streiten? Jener Industrie, die die Bürger jahrzehntelang hinsichtlich der Abgaswerte belog? Eine Partei, die auch darüber hinaus Jahr für Jahr, im steigenden Maße von den Konzernen mit Großspenden bedacht wird? Die Konzerne die maßgeblich unsere Luft mit CO² vollpumpen? Eine Partei die für Kriegseinsätze votiert wo sie nur kann? Kriegseinsätze die nicht nur Menschenleben fordern, sondern auch umweltzerstörerischer sind, als jeder alte Diesel? Wir, die DKP, denken „Nein!“. Für uns bedeutet Kampf für die Umwelt, Kampf gegen die großen Konzerne, die für ihren Profit gnadenlos unseren Planeten zerstören; Kampf dem Krieg, der nicht nur Menschenleben, sondern auch unsere Umwelt vernichtet.

**Michael Henkes,
Vorsitzender DKP Marburg-
Biedenkopf**

INHALT

THEMA	SEITE
EU-Wahl am 26. Mai - The winner is: EU!	3-4
Auf Arbeitshetze konditioniert	5-6
Pfarrer Eckert spricht	7-8
Grundstücksausverkauf statt bezahlbarem Wohnraum	9-10
Festival der Jugend 2019	11-12
SUV-Leidkultur	13-14
Termine	RÜCKSEITE



EU-Wahl am 26. Mai – The winner is: EU!

„Die EU steht für Krieg, die EU steht für Flucht, die EU steht für Armut. Sie ist aggressiv gegen Russland, sie baut eine eigene Armee auf, sie trägt dazu bei, dass Menschen aus ihren Heimatländern fliehen müssen. Sie macht die Menschen in ihren Mitgliedsländern und auf anderen Kontinenten arm und hilft dem Kapital beim Scheffeln von Geld. Sie ist das Konstrukt, das sich der Kapitalismus in Europa geschaffen hat, um seine Interessen gegen die Interessen der europäischen Völker durchzusetzen.“

Mit diesen und weiteren Argumenten hat die DKP in Marburg und andernorts ihren

Wahlkampf zur EU-Wahl am 26. Mai bestritten. Herausgekommen sind bundesweit über 20.000 Stimmen (in Marburg 36), mehr nicht! Natürlich gibt es auch bei der Partei Die Linke viele kritische Stimmen zur EU, natürlich sind auch viele Bürger*innen nicht zur Wahl gegangen, die die EU wegen der zunehmenden Militarisierung und der weiteren Aufspaltung in arm und reich angreifen oder auch ablehnen. Aber eines ist klar: Über 70% der Wähler*innen in Deutschland haben mit der Wahl von CDU, SPD, Grüne und FDP für diese EU votiert, dafür, dass die ökonomischen Vorteile auf Kosten



Bild: Aktionsstag der DKP in Darmstadt am 18. Mai

anderer Staaten und Bürger*innen auch zukünftig sich verstetigen.

In Marburg haben die Grünen so viele Stimmen erhalten wie CDU und SPD zusammen, bundesweit liegen sie fast fünf Prozent vor der SPD, bedeutet: Die Grünen sind auf dem Weg zur neuen Volkspartei. Viele sehen in ihr immer noch eine Alternative zur herrschenden Politik, obwohl sie die kriegerische und antisoziale Politik des deutschen Imperialismus voll mittragen! „Natürlich hat es den Grünen geholfen, dass die Gefahr der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, unter anderem durch „Fridays for future“, stark ins Massenbewusstsein gerückt worden ist. Aber auch für diesen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise bieten sie letztlich nur Antworten, die im Interesse der größten Teile des deutschen Monopolkapitals liegen. Sie werden eine Politik forcieren, die grüngetünchten Kapitalismus von den Menschen bezahlen lässt.“ (Patrik Köbele, DKP-Vorsitzender) Erschreckend sind vor allem die Wahlergebnisse im Osten Deutschlands. Die Partei Die Linke erleidet große Verluste, die AfD erreicht enorme Zuwächse im Vergleich zur letzten EU-Wahl 2014, in Sachsen wird sie

sogar stärkste Partei. Sie gibt sich als Protestpartei, während sie in zentralen Fragen wie der NATO-Mitgliedschaft die Politik des deutschen Monopolkapitals genauso mitträgt wie die wesentlichen Grundprinzipien des militaristischen, neoliberalen und undemokratischen EU-Konstrukts. Rechtsextreme und faschistische Parteien erreichten besorgniserregende Ergebnisse. Zu den gruseligsten gehören:

Frankreich: Das »Rassemblement National« (früher »Front National«) von Marine Le Pen erreicht 23,3 Prozent der Stimmen und erreichte damit mehr Stimmen als die Bewegung »En Marche« von Präsident Emmanuel Macron mit 22,4 Prozent.

Italien: Die extrem rechte »Lega« von Innenminister Matteo Salvini kommt auf 34,3 Prozent der Stimmen, die rechte »Forza Italia« 8,8 Prozent, die neofaschistische Partei »Fratelli d'Italia« 6,5 Prozent. Ungarn: Die Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orban erreicht mit 52,3 Prozent die absolute Mehrheit, die neofaschistische Jobbik 6,4 Prozent.

Herwig Selzer

AUF ARBEITSHETZE KONDITIONIERT

Im letzten Sommer machte die rechtskonservative Regierung in Österreich von sich Reden, als sie im Auftrag des Kapitals das Arbeitszeitgesetz flexibilisierte. Ein 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche wurden so möglich gemacht. Die Folge hiervon war, dass schon nach bereits wenigen Wochen jeder zehnte Lohnabhängige in der Alpenrepublik 12-Stunden-Dienste leisten musste. Daraufhin wurden auch in der BRD Rufe von Seiten der Unternehmensverbände und der ihnen nahe stehenden Parteien laut, das Arbeitszeitgesetz in deren Sinne zu flexibilisieren. Bisher hat das Kapital in der BRD recht erfolgreich auf eine andere Strategie gesetzt, nämlich die der Arbeitszeitverdichtung, um

möglichst hohe Profite aus der Arbeitskraft der Lohnabhängigen herauszupressen. In Folge dessen nimmt der Stress am Arbeitsplatz für immer mehr Kolleginnen und Kollegen zu und die Grenzen von Arbeit und Freizeit verschwimmen immer mehr. Diese Entwicklung belegen die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit zum Thema „Arbeitsshetze, Arbeitsintensivierung, Entgrenzung“. So fühlt sich inzwischen jeder zweite Beschäftigte bei der Arbeit sehr häufig oder oft gehetzt. 63 Prozent der Beschäftigten machen die Erfahrung, dass sie seit Jahren immer mehr in der gleichen Zeit leisten müssen. Für betriebliche Belange müssen 27 Prozent der Lohnabhängigen sehr häufig oder



**ICH WILL EIN
PRINT VON DIR!**

Selber abonnieren, schenken
oder schenken lassen

**SOMMERABO:
3 Monate die
gedruckte jW
für 62 Euro***
(*statt 12,00 € / Iss. 12,00 €)

oft auch außerhalb ihrer Arbeitszeit erreichbar sein. 15 Prozent der Beschäftigten erledigen sehr häufig oder oft auch außerhalb ihrer Arbeitszeit Aufgaben für den Betrieb. Probleme am Arbeitsplatz belasten 37 Prozent der Beschäftigten noch zu Hause. Unter den von Arbeitshetze Betroffenen sind es sogar 53 Prozent. Inzwischen leisten 20 Prozent der Beschäftigten zehn und mehr Überstunden pro Woche. Jeder Zweite Lohnabhängige ist innerhalb eines Jahres wiederholt auch dann zur Arbeit gegangen, wenn er sich „richtig krank fühlte“. Das Ergebnis dieser zunehmender Arbeitsverdichtung und Arbeitshetze ist, dass die Zahl der psychischen Erkrankungen in den letzten zehn Jahren geradezu explodiert ist. Die Fehlzeiten in den Betrieben aufgrund psychischer Leiden haben im gleichen Zeitraum um 80 Prozent zugenommen. Da kranke Beschäftigte nicht uneingeschränkt der Profitmaximierung zur Verfügung stehen ist Burnout-Prävention inzwischen auch bei

Kapitalvertreter ein Thema. Dabei geht es ihnen aber nicht um Eindämmung der Arbeitsintensität und der damit verbundenen Arbeitshetze, sondern man will den Beschäftigten mehr Hetze-Akzeptanz antrainieren. Resilienz-Stärkung heißt das Zauberwort, unter dem seit einiger Zeit diese Konditionierungsprogramme propagiert werden. Die in diesen Programmen eingesetzten Coaches suggerieren ihren „Klienten“, dass es nicht die schlechten Arbeitsbedingungen sind, die sie krank machen. Stattdessen sind fehlende Arbeitsorganisation und Zeitmanagement oder mangelnde Stressresistenz Ursache für die Erkrankung. Hier folgt man der gleichen Logik wie in der Arbeitsmarktpolitik. Schuld an der Arbeitslosigkeit ist das individuelle Versagen des Erwerbslosen und nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, das Arbeitslosigkeit produziert. Der Fehler muss bei den Individuen liegen und darf nicht im System begründet sein. Ansonsten müsste man ja das System ändern.

Ulf Immelt

Pfarrer Eckert spricht

Teil I von 2

(Fortsetzung in der Ausgabe #3/2019)

Unter diesem Titel erschien Anfang Dezember 1931 in der Nr. 3 des Marburger Echos der Auszug einer Rede, die der badische Pfarrer vor 10.000 Menschen am 10. Oktober 1931 gehalten hatte. Nach seinem Eintritt in die KPD folgte die fristlose Entlassung aus dem Kirchenamt. Die Nazis steckten ihn 1933 ins Gefängnis, 1936 wurde er erneut verhaftet. Nach 4 Jahren Zuchthaus überlebte er die Nazizeit und gab nicht auf. Nach der Befreiung vom deutschen Faschismus kämpfte er gegen die aufkommende Restauration und Spaltung, für Frieden und Demokratie.

Als Christ, Antifaschist und Kommunist war der badische Vorsitzende der KP und Landtagsabgeordnete Eckert überzeugt, „dass es für unser Volk nur den einen Ausweg aus seiner gegenwärtigen furchtbaren Not gibt, der über eine wahre Demokratie zum Sozialismus führt.“

Eckert war zutiefst davon überzeugt, dass der „Nazistaat ein Verbrecherstaat war, nicht ein Staat,

der auch Verbrechen begeht“ (Karl Jaspers). Konsequenz dieser Erkenntnis war sein uneingeschränkter Wille zum Abbruch der Kontinuität zu dem Verbrecherstaat, sein Wille zur Neugründung von Grund auf. Eckert stand damit in vollem Einklang mit dem im Potsdamer Abkommen von allen vier Mächten der Antihitlerkoalition gewollten demokratischen und friedlichen Neubeginn, der Behandlung Deutschlands als ein einheitliches Ganzes und der von den Antifaschisten im Buchenwalder Manifest im gleichen Jahr angestrebten „Einheit der sozialistischen Bewegung“.

Die Verabschiedung des Grundgesetzes – ein Dokument der Spaltung

In der Debatte um die Verabschiedung des Grundgesetzes im Badischen Landtag kritisierte Eckert die Bereitschaft der führenden politischen Führer der Westzonen, „eine in der Strategie der westlichen Alliierten vorgesehene separate westdeutsche Staatsbildung vorzunehmen.“ und zwar nicht

nur, weil die entscheidenden Verhandlungen über das Grundgesetz so gut wie hinter verschlossenen Türen bei interfraktionellen Besprechungen der Parteimatadore in Bonn stattfanden.

Eine gemeinsame Beschlussfassung auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens kam nicht zustande. „das wollte [...] die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit nicht. Sie wollte [...] keine ernsthafte Entnazifizierung, keine durchgreifende Demokratisierung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, keine Abrechnung mit den für den Krieg und die Katastrophe unseres Volkes verantwortlichen Schichten der kapitalistischen Machthaber und Großgrundbesitzer. Sie wollte [...] gar keine Überführung der Schlüsselindustrien in das Eigentum und die Verfügungsgewalt des Volkes. Sie wollte keine durchgreifende Bodenreform. [...] Sie wollte die Wiederherstellung des bürgerlich-kapitalistischen Staates, die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Besitzbürger“.

Der Bonner Parlamentarische Rat, so Eckert, lehnt eine Fühlungnahme mit den Organen der SBZ zur Schaffung einer gemeinsamen Verfassung ab, „weil in den Richtlinien



Bild: Balzers Buch zum Thema, mehr Infos unter www.friedrich-martin-balzer.de

einer solchen Verfassung, wie wir sie wollen und wie sie bevorsteht, das Recht auf Arbeit, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, eine planvolle Gestaltung der deutschen Wirtschaft, die Enteignung der Kriegsverbrecher und der Großgrundbesitzer und die Überführung der Großbetriebe in Gemeinwirtschaft gefordert wird und deshalb, weil in den Richtlinien Deutschland als eine unteilbare demokratische Republik, die sich aus deutschen Ländern zusammensetzt, enthalten ist?“

Friedrich-Martin Balzer

GRUNDSTÜCKSAUSVERKAUF STATT BEZAHLBAREM WOHNRAUM

Wir erinnern uns: Seit längerem kaufen Immobilienspekulanten Teile von Marburgs Altstadt auf, weder die kultigen, denkmalgeschützten Lichtspielhäuser noch Marburgs linke Szenekneipe waren sicher davor. Die zuständigen politischen Verantwortlichen waren nicht Willens einzugreifen, obwohl sich Widerstand regte. Dann Mitte Mai die überraschende Meldung: Es kam in Marburg zu Verhaftungen im sogenannten Immobilien-Flipping. Das bedeutet: Immobilien hin- und herzuverkaufen – mit dem Ziel, den Verkaufspreis für die Gebäude nach oben zu treiben, um sich dadurch günstige Kredite zu sichern. Welche Anstrengungen und Schutzmaßnahmen werden in Zukunft unternommen, um betrügerische und ausschließlich gewinntreibende Immobiliengeschäfte (Flipping), wie jüngst durch das städtische Bauamt und die Staatsanwaltschaft aufgedeckt, zu verhindern, und wie soll entstandener Schaden, nicht nur für große Kreditinstitute, sondern vor allem für Mieterinnen und Mieter sowie für die Marburger

Bevölkerung im allgemeinen, der durch damit einhergehenden Anstieg der Wohn- und Mietkosten und durch Verdrängungen entsteht, abgewendet werden? Das sind doch die drängenden Fragen. Ein Vorschlag wäre, endlich städtisches Vorverkaufsrecht anzuwenden. Es müssten ernsthafte Überlegungen angestellt werden, vom Erbaurecht Gebrauch zu machen. Noch besser wäre es, sich an die gültige Altstadtsatzung zu halten und diese konsequent zu verwirklichen. Die Stadt Marburg ist für ihre Bewohner_innen zuständig und nicht für Einzelne Immobilienspekulanten!

In einem im Herbst 2016 gestellten Antrag der Marburger Linken wurde der Magistrat aufgefordert darzulegen, welche städtischen Grundstücke sich im Eigentum der Stadt befinden und sich für Wohnbebauung u.a. auch Erbbaupacht eignen. Leider kommt der Magistrat bis heute dieser Aufgabe nicht nach. In seiner Stellungnahme werden nur wenige Grundstücke aufgezählt. Erstaunlicherweise befindet sich das Gelände am Afföller, das nun



Bild:
Das besetzte „Havana Acht“
im April 2019

mit hoher Wahrscheinlichkeit verkauft werden soll, nicht unter den aufgeführten Grundstücken, die für Wohnbebauung in Frage kommen! Heißt das, der Magistrat ist der Auffassung, dass eine Seniorenresidenz (diese soll dort für die Eigentumsvermehrung der Familie Pohl errichtet werden) nichts mit Wohnen zu tun hat?! Wie aus der OP zu lesen war, dementierte der zuständige Dezernent und Bürgermeister Wieland Stötzel, dass es Gespräche mit der Familie Pohl gab. Darüberhinaus bestehe kein Interesse an einem Kauf des alten Gaswerks. Mittlerweile wissen wir: Es gab schon im Herbst letzten Jahres Gespräche zwischen der Stadt und der Familie Pohl. Aus unserer Sicht ist es die unbedingte Aufgabe des städtischen Bauamtes und der Planer, dieses Gelände zu entwickeln. Traut die Stadt Marburg dies ihren hochqualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen

nicht zu? Wir schon! Marburgs Stadtplaner hat völlig zu Recht auf den Sitzungen des runden Tisches „Bezahlbares Wohnen“ der Stadt Marburg darauf hingewiesen, dass es Zeit ist, wieder über Bodenbevorratung nachzudenken. Es fehlt nicht an wohlwollenden Worten, sondern an Taten! Das nächste Bauprojekt ist längst eingetütet: Die Kultstätte „Kult“ ist abgerissen, sie macht Platz für Wohnraum. Zentrumsnah könnte hier endlich die städtische GeWoBau zum Zuge kommen – aber nein!: Natürlich ist auch dieses noch zu entwickelnde Gebiet größtenteils bereits verkauft, an keinen Geringeren als die stadtbekannteste Firma Schreyer und Schreyer! Es bedarf des Drucks der Straße, ähnlich wie der tolle Kampf der Mieterinnen und Mieter der GWH jüngst am Richtsberg!

Tanja Bauder-Wöhr

FESTIVAL DER JUGEND 2019

Vom 7. bis zum 10. Juni fand im Kölner Jugendpark wieder das Festival der Jugend der SDAJ statt, seit der 20-jährigen Pause von 1988 bis 2008 bereits zum 6. mal. Als Marburger SDAJ hatten wir die Gelegenheit, zusammen mit unseren Genossen und Freunden aus befreundeten Gruppen (unter anderem der Naturfreundejugend und der DIDF-Jugend) und internationalen Gästen zu feiern, Live-

musik zu genießen und einiges zu lernen. Bekannte Gäste, zu nennen wären Dietmar Dath, Jörg Kronauer, Ellen Schernikau und viele mehr, und Genossen aus DKP und SDAJ boten Workshops und Diskussionsveranstaltungen zu Themen, die uns alle als Arbeiter*innen, Studierende und Lernende Jugend konkret ökonomisch betreffen, aber auch zu Kulturellem und Historischem. Trotz des durchwachsenen



Bild: Solifoto für Venezuela



Bild: Der Pizza-Stand von italienischen GenossInnen

Wetters konnten wir alle eine gute Zeit in Köln verbringen, wozu auch das große Angebot an verschiedenen Speisen, für die sich unter anderem DKP und DKP Queer verantwortlich zeigten, beitrug. Abgerundet wurde alles von einem großen Bücherangebot und dem sehnsüchtig erwarteten Arbeiterliederabend mit Achim Bigus.

Als sich das Festival dem Ende näherte, gab es auch für uns als Verband einiges zu feiern: Zahlreiche Neueintritte, Videos und Fotos unserer Aktionen, die Premiere unseres neuen Kampagnenvideos, Grüße von Naturfreundejugend und der DKP und zuletzt die Be-

kundung unserer Solidarität mit Venezuelas legitimer Regierung, schlossen die viertägige Veranstaltung ab. Außer vielen schönen Erinnerungen konnten wir Motivation für unsere weitere Arbeit vor Ort und die Gewissheit, Teil einer lebendigen weltweiten Befreiungsbewegung zu sein, aus Köln mitnehmen und freuen uns bereits jetzt auf das nächste Festival und natürlich auch das UZ-Pressfest der DKP im nächsten Jahr.

SDAJ Marburg

SUV-LEIDKULTUR

Ich arbeite in der Kita eines oberhessischen Dorfes. Die Eltern und Großeltern bringen ihre lieben Kleinen mit dem Auto zur Kita, obwohl man leicht aus allen Ecken des Dorfes zu Fuß kommen kann. Alle haben es eilig, da sie zur Arbeit oder zu den Sonderangeboten von Aldi müssen.

Der Kindergartenbringverkehr ist mörderisch. Besser, man kommt nicht zu Fuß.

Die Kinder werden in einen Kindersitz gequetscht und festgezurr. Kaum sitzen sie, müssen sie auch schon wieder raus aus der Blechdose.

Dann rein in die Kita und kein Theater, Papa muss schnell schnell schnell zur Arbeit.

Mindestens die Hälfte der Autos in dem Dorf sind SUVs. Viele ihrer Besitzer haben irgendwo ein Pferd auf einer Weide. Dort wo früher Kühe waren, sieht man jetzt traurige Pferde rumstehen. Öfter mal rast ein SUV über einen Feldweg, damit die Fahrerin schnell schnell schnell nach dem Pferd schauen kann. Vielleicht hat das Pferd ja gekotzt, weil es die Impfung nicht vertragen hat.

Wenn wir mit den Kindern ins Feld

gehen, müssen wir aufpassen, dass sie nicht niedergefahren werden von SUVs, die schnell schnell schnell zum Pferd müssen.

Gehen wir mit den Kindern in Richtung Wald, laufen wir nicht auf dem Grün neben der Straße, wegen der Hundekacke. Jeder SUV-Fahrer hat auch noch mindestens einen großen Hund. Und der muss schnell schnell schnell rausgebracht werden, damit er kacken kann. Die Kacke bleibt liegen, keine Zeit für rote Kacktütchen.

In den neuen Wohngebieten haben viele junge Familien ein Niedrigenergiehaus mit Wärmepumpe – und einen SUV; früher hieß so was Spritnudel.

Achso, hab ich noch vergessen zu erwähnen: Das Plakat von der AfD, auf dem geschrieben steht: Rettet den Diesel! Man möchte hinzufügen: Und die Pferde, und die Hunde, und den Kita-Bringverkehr und die Wärmepumpen?

Ein viel zu früh verstorbener Kollege vom Bauhof der Gemeinde sagte mir mal: „Beim neuesten Kindergartengebäude haben sie was vergessen.“ „Was denn?“, fragte ich ihn. Er antwortete: „Die Tiefgarage mit Kinderabwurfstation.“

Ich will eine Aktion ins Leben rufen: Bring dein Kind zu Fuß zur Kita! Ist aber nicht durchzusetzen. Die Kolleginnen wollen es nicht, die Leiterin will es auch nicht.



Nachtrag: Bitte unterstützt diese Petition:

<https://weact.campact.de/petitions/besseres-klima-mehrsicherheit-suvs-raus-aus-unsere-staeden>

Das Lied dazu habe ich aber schon geschrieben und singe es oft mit den Kindern; bis jetzt darf ich es noch.

Der Wecker

Mann!

*Jetzt bin ich viel zu früh aufgewacht.
Es ist noch dunkel,
es ist doch noch Nacht.*

Mann!

*Ich hatte grade einen schönen Traum:
Ich war am Fliegen
überm Apfelbaum.*

*Der Wecker klingelt heute viel zu früh.
Das Aufstehn macht mir heute zu viel Müh.
Ich bin noch müde, lass mich in Ruh!
Ich mach noch einmal meine schweren Augen zu.*

Mann!

*Ich will nicht morgens schon ins Auto rein.
Ich kann doch laufen, bin nicht mehr klein.*

Mann!

*Ich will viel lieber durch die Wiese ziehn,
will was erleben, bin keine Maschin.*

*Heut will ich mal zum Kindergarten gehn.
Heut bleibt das Auto mal zu Hause stehn.
Es ist noch müde, lass es in Ruh!
Es macht noch einmal seine schweren Augen zu.*

(Nach der Melodie von „Gli maschi“ von Gianna Nanini.)

Christian Mark

MARBURGER ECHO

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN

PARTEI (DKP) MARBURG

WAS?	WANN?	WO?
Mitgliederversammlungen der DKP Marburg	25.07.2019 08.08.2019 19:00 Uhr	DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6
Gruppenabende der SDAJ Marburg	Jeden 1. & 3. Montag im Monat 18:00 Uhr	DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6

IMPRESSUM

INFO@DKP-MARBURG.DE

WWW.FACEBOOK.COM/DKP.MARBURG/

WWW.DKP-HESSEN.DE

WWW.DKP-ONLINE.DE

